

Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

118. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Leipzig u. Umgeb. die einzeln. 10 Pf., für die Provinz 15 Pf., für die Auslandspost 20 Pf. ...

Nr 142

Mittwoch, den 2. April

1919

Die Streiklage im Ruhrgebiet

Essen (Ruhr), 1. April. (Drabbericht.) Soweit sich die Lage bis jetzt übersehen läßt, hätte die Streikauflösung der Spartahten nur geringen Erfolg. Die größte Zahl der Ausständigen ist im Ruhrgebiet und im Westfälischen, von wo die Bewegung in den letzten Tagen am stärksten vorwärts geschritten ist. Im Ruhrgebiet sind die Zechen Wilmberg, Wilmberg und Viktoria, im Westfälischen die Zechen Wilmberg und Viktoria vom Streik betroffen. Auf der Zechen Wilmberg sind die Belegschaften ausständig, auf der Zechen Viktoria sind die Belegschaften ausständig. In den Zechen Wilmberg und Viktoria sind die Belegschaften ausständig. In den Zechen Wilmberg und Viktoria sind die Belegschaften ausständig.

Berlin, 1. April. (Drabbericht.) Der 'Vorwärts' meldet über die Lage im Ruhrgebiet: In Bochum war der Generalstreik bis Mittag nicht ausgebrochen. In Dortmund hat der Streik keinen größeren Umfang als gestern angenommen. Bei den aus Bochum gemeldeten Schichtarbeitern wurden fünf Personen getötet, mehrere verwundet. Aus Witten verlautet, daß der Streik dem Ende entgegenzugehen scheint; teilweise werde schon heute wieder gearbeitet. In der Umgebung dagegen dauere der Ausstand ununterbrochen fort. Auf den Zechenanlagen im Ruhrgebiet streiken vierhundert Arbeiter. Es heißt, daß morgen der Generalstreik ausbrechen werde. Aus Bochum wird gemeldet, daß in der Arbeiterschaft große Erregung herrsche. In Versammlungen hätten die radikalen Elemente die Vorbereitungen, die besonnenen Elemente wurden niedergedrückt.

Berlin, 1. April. (Drabbericht.) In der Nacht zum 31. März hat die Streikauflösung in der Ruhr keine größere Fortschritte gemacht. In Dortmund hat der Streik keinen größeren Umfang als gestern angenommen. Bei den aus Bochum gemeldeten Schichtarbeitern wurden fünf Personen getötet, mehrere verwundet. Aus Witten verlautet, daß der Streik dem Ende entgegenzugehen scheint; teilweise werde schon heute wieder gearbeitet. In der Umgebung dagegen dauere der Ausstand ununterbrochen fort. Auf den Zechenanlagen im Ruhrgebiet streiken vierhundert Arbeiter. Es heißt, daß morgen der Generalstreik ausbrechen werde. Aus Bochum wird gemeldet, daß in der Arbeiterschaft große Erregung herrsche. In Versammlungen hätten die radikalen Elemente die Vorbereitungen, die besonnenen Elemente wurden niedergedrückt.

Essen, 1. April. (Drabbericht.) In der Nacht zum 31. März hat die Streikauflösung in der Ruhr keine größere Fortschritte gemacht. In Dortmund hat der Streik keinen größeren Umfang als gestern angenommen. Bei den aus Bochum gemeldeten Schichtarbeitern wurden fünf Personen getötet, mehrere verwundet. Aus Witten verlautet, daß der Streik dem Ende entgegenzugehen scheint; teilweise werde schon heute wieder gearbeitet. In der Umgebung dagegen dauere der Ausstand ununterbrochen fort. Auf den Zechenanlagen im Ruhrgebiet streiken vierhundert Arbeiter. Es heißt, daß morgen der Generalstreik ausbrechen werde. Aus Bochum wird gemeldet, daß in der Arbeiterschaft große Erregung herrsche. In Versammlungen hätten die radikalen Elemente die Vorbereitungen, die besonnenen Elemente wurden niedergedrückt.

Streikagitation in Berlin

Berlin, 1. April. (Eigener Drabbericht.) In einer großen Anzahl von Berliner Fabrikbetrieben haben gestern die revolutionären Vertrauensleute zur Niederlegung der Arbeit für kommenden Montag aufgefordert. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß im Zusammenhang mit dem Generalstreik im Ruhrgebiet eine neue Generalstreikauflösung der Spartahten auch für Berlin versucht werden soll.

Berlin, 1. April. (Drabbericht.) In der Nacht zum 31. März hat die Streikauflösung in der Ruhr keine größere Fortschritte gemacht. In Dortmund hat der Streik keinen größeren Umfang als gestern angenommen. Bei den aus Bochum gemeldeten Schichtarbeitern wurden fünf Personen getötet, mehrere verwundet. Aus Witten verlautet, daß der Streik dem Ende entgegenzugehen scheint; teilweise werde schon heute wieder gearbeitet. In der Umgebung dagegen dauere der Ausstand ununterbrochen fort. Auf den Zechenanlagen im Ruhrgebiet streiken vierhundert Arbeiter. Es heißt, daß morgen der Generalstreik ausbrechen werde. Aus Bochum wird gemeldet, daß in der Arbeiterschaft große Erregung herrsche. In Versammlungen hätten die radikalen Elemente die Vorbereitungen, die besonnenen Elemente wurden niedergedrückt.

Der Generalstreik für ganz Württemberg erklärt

Berlin, 1. April. (Drabbericht.) Wie das 'Mitteldeutsche Blatt' aus Stuttgart meldet, kam es heute zwischen Regierungstruppen und Demonstranten zu einem Zusammenstoß, wobei viele Personen verletzt und drei getötet wurden. Die Regierungstruppen trieben die Demonstranten auseinander, worauf bald die Ordnung wieder hergestellt wurde. — Die Stuttgarter Streikleitung hat den Generalstreik für ganz Württemberg erklärt. Daraufhin hat auch die Führung der Württemberger Bürgerchaft beschlossen, den bürgerlichen Gegenstreik gleichfalls auf ganz Württemberg auszubringen. Die Lage wird immer kritischer, zumal da die Versorgung mit Gas und Elektrizität eingestellt ist. Die Haltung der Mehrheitsparteien ist noch nicht ganz geklärt. In einigen Betrieben haben sie sich gegen den Streik erklärt; einige Gruppen jedoch geraten immer mehr unter radikalen Einfluß. Unabhängige und Kommunisten handeln gemeinsam.

Der bürgerliche Gegenstreik

Stuttgart, 1. April. (Drabbericht.) Heute vormittag hat hier zur Bekämpfung des Generalstreiks der Abwehrstreik eingesetzt, der zugleich eine Vertrauenskundgebung für die Regierung sein soll. An dem Abwehrstreik beteiligen sich Handwerk, Gewerbe, Kaufleute, Handel und Industrie, staatliche, städtische und private Beamte, Ärzte und Apotheker, sowie sonstige freie Berufe. Die diesigen Zeitungen werden bis auf weiteres nicht erscheinen. Der Postbetrieb ruht vollständig, ebenso der Straßenbahnverkehr. Die Staatsbahnen bewerkstelligen heute lediglich den Arbeiterverkehr und die Milchversorgung.

Stuttgart, 1. April. (Drabbericht.) In einem Aufmarsch der Bürgerchaft zum Generalstreik werden folgende Forderungen an die Staatsregierung gestellt: Ordnung, Sicherheit und Arbeitsmöglichkeit, Aufrechterhaltung aller lebenswichtigen Betriebe, insbesondere von Gas, Wasser und Elektrizität, ungehinderte Betriebsfähigkeit aller Verkehrsrichtungen, Straßenbahnen, Eisenbahnen, Post, Telegraph und Fernsprecher, ge-

sicherte und regelmäßige Zufuhr aller notwendigen Lebensmittel, insbesondere Milch für Kinder, Kranke und Greise, gerechte und tatkräftige Durchführung bestehender Geschäfte, gleiches Recht für alle, Garantien für persönliche Freiheit in jeder Beziehung, gleichzeitige Gewalt der Regierung und der durch Mehrheitswillen erwählten Volksvertreter. Der Aufsichtsrat richtet ferner die Aufforderung an die Arbeitgeber, ihren Angehörigen die Streiklage zu vergüten. Der Landesauswärtiger der Soldatenräte steht nach wie vor auf dem Boden der Streikgegner und hat eine dementsprechende Kundgebung erlassen.

Neue Kämpfe in Frankfurt a. M.

Frankfurt (Main), 1. April. (Drabbericht.) Nach verhältnismäßiger Ruhe während des Verhältnisses wurden mittags nach 12 Uhr neue Ausschreitungen verübt, die wiederum in der Altstadt begannen. In der Allerheiligenstraße versuchte der Mob, in Lebensmittelgeschäfte und Bäckereien einzudringen, um zu plündern. Die Familien zur Verfügung stehenden Polizeikräfte sind sofort nach dort ausgerückt. Die Kämpfe sind jetzt noch im Gange. Die verletzten Gegenüber wurden von mit Handgranaten ausgerüsteten Polizeitruppen abgepresst.

Frankfurt a. M., 1. April. (Drabbericht.) Die Sicherheitsorgane sind seit heute nachmittags vollständig Herr der Lage. Die mittags in der Altstadt wieder vorgekommenen Plünderungsversuche wurden in Reime erückt. Die Zahl der Plünderungsakte hat sich auf 16 erhöht. Unter den 12 Toten befinden sich vier Frauen. Verschiedene Verletzte schweben noch in Lebensgefahr. Die Arbeiterorganisationen der Fabriken haben beschlossen, sich den Sicherheitsorganen zur Verfügung zu stellen, um weitere Unruhen zu verhindern.

Die Opfer der Frankfurter Unruhen

Frankfurt a. M., 1. April. (Eig. Drabbericht.) Bei den Unruhen in Frankfurt wurden bis jetzt 12 Personen als tot festgestellt. Sieben Plünderer wurden erschossen; ferner sind je 2 Mann der Hilfspolizei und 2 Matrosen tot. Unter anderem wurde auch ein städtisches Lebensmittelgeschäft geplündert und 70 000 Eier, 200 Zentner Butter und 100 Zentner Speck geraubt.

Frankfurt, 1. April. (Eigener Drabbericht.) Die Polizei erlöst im Verlauf der Strafenunruhen folgende Bekanntmachungen: Die Straßensperre beginnt mit dem heutigen Abend schon um 7 Uhr. Die Kinoaufführungen, Theater, Konzerte, Kaffeehäuser, Gastwirtschaften und andere Unternehmungen abends um 8 Uhr abends zu schließen. Der Straßenhandel, soweit er nicht konzessioniert ist, ist verboten. Auf dem Boeren-Platz und den einmündigen Straßen ist jeder Straßenhandel bei Lebensgefahr verboten. Jedes Woffentragen ist untersagt. Wer unbedeutenderweise mit Waffen angetroffen wird, muß als Plünderer betrachtet und bestraft werden. Bei Zusammenstößen tritt neben den gesetzlich zulässigen Höchststrafen öffentliche Bekanntmachung hinzu. Außerdem ist bei Verstoß gegen die von den Beamten angeordneten schriftlichen Maßnahmen größte Lebensgefahr vorhanden. Der Arbeiterrat hat in einer Vollversammlung gegen die Unruhen ausgesprochen.

Kommunistische Schreckensherrschaft in Ungarn?

Wien, 1. April. (Drabbericht.) Unseres Wiener Mitarbeiters. Die Wiener Arbeitervereine sind außerordentlich besorgt über die Schreckensherrschaft der Bolschewisten in Ungarn. Ein aus Budapest in Wien eingetroffener Diplomat berichtet in der 'Wiener Mittagspost', daß 150 ehemalige Abgeordnete verhaftet worden seien. Die Lebensmittel in Budapest sei fürchterlich, und es habe eine Massenflucht bürgerlicher Elemente eingeleitet. Das 'Tagblatt' bringt Berichte aus Oedenburg eingetroffener Reisender, wonach 800 Rotgardisten dort einmarschiert seien, Kirchenplünderungen verübt und Schulen und Klöster aus dem geistlichen Schulen vertrieben hätten. Alle Geschäfte sind gesperrt. In Eisenbüdenburg kam es zwischen der Zivilbevölkerung und den Rotgardisten zu Schießereien. In Fiume sind worden zwei kommunistische Flieger verhaftet, die über Wien angeblich Bomben und Flugblätter abwerfen wollten. In Wien wurde ein kommunistischer Verband, der ein ungarisches Werbureau errichten wollte.

Wien, 1. April. (Drabbericht.) Nach einer Prager Wittermeldung fand dort eine sozialistische Massenversammlung statt, in der beschlossen wurde überall Arbeiterräte zu bilden und den Kampf um die Diktatur des Proletariats aufzunehmen.

Frankreichs Vorschläge an Deutschösterreich

Wien, 1. April. (Drabbericht.) Unseres Wiener Mitarbeiters. Ueber einen neuen Vorschlag Frankreichs an Deutschösterreich telegraphiert der Baseler Korrespondent des anschlusssüddeutschen 'Neuen Wiener Journals', Frankreich habe folgenden Vorschlag an Deutsch-Österreich gelangen lassen: Deutsch-Österreich erhält die westungarischen Komitate mit Oedenburg sowie den südungarischen Bezirk Inau, falls der Anschluß an Deutschland unterbleibt. Tirol soll eine unabhängige selbständige Republik werden. Der Zweck dieser Vorschläge wäre die Einsetzung der Komitate in einen westungarischen Verbund, andererseits Deutsch-Österreich von dem passiven Tirol zu entlasten.

Die Abjüngung der deutschen Truppen an der D. front

Berlin, 1. April. (Drabbericht.) Wie von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, hat die deutsche Regierung den Wunsch, die deutschen Truppen recht bald aus dem Baltikum und Litauen herauszuziehen. Die Entente kann aber, wie sie erklärt, die deutschen Truppen noch nicht abziehen. Sobald es irgend möglich wäre, sollen diese in die Heimat zurückgeführt werden. Die gleiche Stelle betont, daß zwischen Deutschland und Rußland kein Kriegszustand bestehe und der Verkehr mit der russischen Sowjetregierung keineswegs abgebrochen ist.

Bolschewistische Kundgebung französischer Soldaten

Berlin, 1. April. (Drabbericht.) Unseres Berliner Schriftstellers. Ein russischer Funkpruch 'An alle' vom 28. März teilt u. a. mit, eine Gruppe französischer Soldaten in Odesa habe an die Redaktionen französischer kommunistischer Zeitungen einen Brief gerichtet, worin sie ihre volle Solidarität mit der russischen kommunistischen Revolution zum Ausdruck bringen. Sie weigern sich, fortzuführen, die internationale revolutionäre Bewegung zu bekämpfen und fordern ihre unverzügliche Rückkehr nach Frankreich, um so schnell als möglich der Sowjetregierung den Sieg zu sichern.

Zum Entwurfe einer Kapitalertragssteuer

Dr. J. Nichts ist schwerer, als eine neue Steuer nach ihrem wahren Sinne und ihrer volkswirtschaftlichen Tragweite zu erfassen. Man kann nur nach und nach eindringen. Im folgenden sollen einzelne Bemerkungen, die sich auf den ersten Entwurf beziehen, gemacht werden. — Die Vorlage bringt nur einen Auschnitt aus der geplanten großen Steuerreform, die ja doch nicht abgeschlossen werden kann, ehe nicht der 'Endbedarf' festgestellt ist. Dieser aber hängt von unseren Feinden und ihrer Vernunft ab. Man kann zweifeln, ob es zweckmäßig ist, die neuen Steuerpläne dem Volke tropfenweise zuzuführen. Will man es etwa auf diese Weise langsam an den Blick gewöhnen, bis man sich vor kurzem unendlich gewöhnen? In sich eine gute und wohlwollende Absicht. Nur bleiben eben Ueberraschungen, namentlich schlimme, nicht ausgeschlossen. Und gerade die Kapitalertragssteuer ist geradezu nach der Ergänzung durch andere Steuerarten. Die greifen hier zwei Punkte heraus. Erstens: Die neue Steuer trifft nur den Ertrag aus mobilem Kapital; das Einkommen aus immobilien soll später an die Reihe kommen. Kann man sich aber hierauf verlassen und muß man nicht mit der Möglichkeit rechnen, daß die Besteuerung des mobilen Kapitals durchgeht, die des immobilien aber scheitert? Steuererträge haben einen langen parlamentarischen Kurs zu durchlaufen, bis sie im Hafen des Gesetzblattes landen. Zweitens: Die neue Steuer trifft mit der gleichen Wucht (10 Prozent!) den kleinen und mittleren Rentner wie den Großkapitalisten; den Ausgleich will man, so heißt es, bei der allgemeinen Vermögensabgabe schaffen, wo die Kleinen und Mittleren verhältnismäßig geschont werden sollen. Also wiederum eine Verweigerung auf immerhin ungewisse Zukunftspläne, ohne deren Erfüllung das neue Gesetz für sich allein ungerecht wäre.

Hieron abgesehen, begründen wir in dem Entwurfe die erste große Reichseinkommensteuer. In dieser ihrer Eigenschaft ist nicht zu rütteln. Zwar soll sie nicht von demjenigen bezahlt werden, der das Einkommen bezieht; nicht vom Gläubiger, sondern vom Schuldner. Letzterer ist aber nur der Steuerzahler. Steuerträger ist der Kapitalgläubiger und Objekt der Steuer ist ganz zweifellos das von ihm bezogene Einkommen. Die Verzinsung durch den Schuldner bedeutet nur eine besondere Erhebungsform, die mit der bei der Einkommensteuer vergleichbar ist. Auch letztere Steuer will wirtschaftlich den Bezugsberechtigten treffen, wird aber von den Anteilgebern u. s. w. bezahlt oder verlegt. Weshalb sie denn auch vom Reichsgericht zutreffend als partielle Einkommensteuer (also eine direkte Reichssteuer!) bezeichnet wurde; dies zu einer Zeit, als es noch verpönt war, an eine solche Reichssteuer überhaupt nur zu denken. Weshalb man denn damals auch vortrug, die Einkommensteuer etwas schärfer in das Gewand einer Stempelsteuer zu hüllen. Daß die neue Kapitalertragssteuer den Gläubiger als eigentlichen Steuerträger treffen soll, kommt übrigens in Paragraph 7 des Entwurfes zu scharfem Ausdruck. Dort ist bestimmt, daß eine Vereinbarung zwischen Gläubiger und Schuldner, wonach etwa letzterer die Steuer zu seinen Lasten übernehme, nichtig sein soll. Für die Einkommensteuer fehlt bekanntlich eine entsprechende Bestimmung.

Auch die neue Steuer soll aus rechtlichen Gründen die Verwendung einer Stempelmarke entrichtet werden. Das darf man sich freilich nicht vorstellen, als müsse nun jeder einzelne Zinschein verstempt werden. Die sogenannten 'Sammelrenten', also Dividenden und Anleihezinsen jeder Art, soll die Steuer bei der Couponentlopfung gleich im ganzen an das Reich abgeführt werden. Nur bei solchen steuerpflichtigen Erträgen, die auf Einzelgeschäften beruhen, z. B. bei Hypothekenzinsen, Darlehenszinsen, muß bei jeder Einzelpayment eine Stempelmarke in Höhe des Steuerbetrages verwendet werden. In diesem Zwecke wird vorgeschrieben, daß der Schuldner dem Gläubiger allemal eine schriftliche Mitteilung von der Zinszahlung machen und auf die Mitteilung die Stempelmarke aufkleben soll. Wo nun das Reich selber Schuldner ist, gelten die Steuerbeträge einfach dadurch als entrichtet, daß das Reich sie einbehält. Das bedeutet: die Zinsen werden um den Betrag der Steuer verkürzt. Leider soll dies auch bei der Kriegsanleihe geschehen. Also doch! — So hören wir manchmal Kriegsanziehende sagen. Und im Ergebnisse handelt es sich zweifellos um eine Zwangsconversion der Kriegsanleihe um 10 Prozent. Also auf den Zinsfuß angewendet: eine Herabsetzung des Zinsfußes von 5 auf 4 1/2 Prozent. Denn ob man die Herabsetzung direkt vornimmt oder mittelbar durch Abzug einer Steuer, läuft auf dasselbe hinaus. Aber es hilft nichts. Wenn die neue Steuer wirklich 1,3 Milliarden bringen soll, wie der Reichsfinanzminister hofft, dann kann man an den tiefen Ziffern der Kriegsanleihe nicht vorbeigehen. Die Kriegsanziehende teilen dann das Schicksal der Zinsverkürzung mit den Besitzern anderer Anleihen, die, wie die Anleihen überhaupt, 'ewig', nämlich unkündbar sind. Dieses Schicksal ist freilich um so härter, als zufolge der Unkündbarkeit eine Abwälzung auf den Schuldner nicht möglich ist. Während es sonst, z. B. bei Hypotheken, wohl nicht ausbleiben kann, daß die Steuer von Seiten des Gläubigers, der dort in der Regel der Stärkere ist, auf den Schuldner abgewälzt werden wird. Das würde dann letzten Endes zu einer allgemeinen Herausforderung des Zinsfußes führen. Man kann an dieser volkswirtschaftlich nicht unbedenklichen Folgeerscheinung nicht vorbeigehen, wenn man die neue Steuer richtig beurteilen will.

Damit soll jedoch über diesen Plan des Reichsfinanzministers keineswegs der Stab gebrochen sein. Der Gedanke, daß das sogenannte arbeitslose Einkommen stärker belastet werden soll, als das persönlich erarbeitete Einkommen, ist an sich gesund. Eine sittliche, soziale und wirtschaftliche Berechtigung hierzu ist unbestreitbar. Nur darf man 'arbeitslos' nicht ohne weiteres mit 'unbeschäftigt' gleichstellen. Zum mindesten ist so manches Kapitaleinkommen recht 'mühevoll' erworben und hierauf muß bei der Besteuerung unbedingt Rücksicht genommen werden. Daher denn die oben geforderte Schonung der kleinen und mittleren Kapitalien, sei es im Rahmen dieser Steuer, sei es ausgleichsweise in dem einer anderen, unabwiesbar ist. — Noch sei erwähnt, daß die neue